

## **Offener Brief**

an

**Hermann Gröhe**, MdB, Bundesgesundheitsminister  
**Jens Spahn**, MdB, Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen  
Bundestages  
**Professor Dr. Karl Lauterbach**, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit der  
SPD-Bundestagsfraktion

zum „Versorgungsstärkungsgesetz“

Sehr geehrte Herren Gröhe, Spahn und Lauterbach,

der Referentenentwurf zu dem von Ihnen geplanten „Versorgungsstärkungsgesetz“  
veranlasst uns zu diesem Schreiben.

In großer Sorge um die traditionell gute ambulante ärztliche Versorgung in  
Deutschland sehen wir, dass in Nordrhein bis zu 3.000 Facharztsitze und bis zu 300  
Hausarztsitze abgebaut werden sollen, bundesweit bis zu 25.000 Arztsitze. Konkret  
stellt sich das in Ihren Wahlkreisen so dar:

Im Rhein-Kreis Neuss sollen über 40 Arzt- und Psychotherapeutensitze entfallen, in  
Leverkusen über 130, und in Borken-Steinfurt über 45.

Dies, obwohl die Bevölkerung in Deutschland immer älter und die  
Behandlungsmöglichkeiten durch den medizinischen Fortschritt immer besser  
werden. Für Nordrhein sind damit zugleich 12.000 Arbeitsplätze von medizinischen  
Fachangestellten bedroht.

Seit Jahren verlautbaren Politiker aller Parteien, dass wegen der Demografie und des  
medizinischen Fortschritts künftig mehr Mittel für medizinische Behandlungen zur  
Verfügung gestellt werden müssen – aber nicht weniger. Ihr Gesetzentwurf verfolgt  
genau das Gegenteil. Sie planen, das Angebot für ärztliche Diagnostik und Therapie  
zu verringern, durch eine Reduktion der Zahl wohnortnaher Haus- und Fachärzte mit  
der Brechstange.

Nach Berechnungen des Leiters des Instituts für Mikrodaten-Analyse (IfMDA) in Kiel,  
Dr. Thomas Drabinski, stünden längerfristig insbesondere für die deutschen  
Arztpraxen, die mit hohem Engagement als Einzelpraxen geführt werden, bis zu 19  
Milliarden Euro jährlich weniger für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung.  
Dies ist deutlich mehr als ein Drittel des Gesamtetats.

Wir hoffen, dass Ihnen bewusst ist, welch dramatische Verschlechterung ambulanter,  
wohnortnaher ärztlicher Behandlungsmöglichkeiten die unausweichliche Folge wäre!

Wir hoffen auch, dass Ihnen klar ist, dass der deutschen Bevölkerung mit dieser  
Politik am Ende die Wahlfreiheit für eine optimale ärztliche Behandlung überhaupt  
genommen wird. Denn während Selbstbeteiligungselemente geeignet wären,  
ärztliche Behandlungs- und Versorgungsstrukturen nach den Erwartungen der  
Bürger zu erhalten und sogar bedarfsgerecht auszubauen, bewirkt der im  
Gesetzentwurf formulierte Abbau ambulanter Versorgung letztlich eine massive  
Leistungsreduktion für alle – außer für wenige zahlungskräftige Mitbürger, die sich

am Ende reine Privatmedizin einkaufen. Wir sehen, neben weiteren Bürokratieexzessen eine rapide zunehmende Mangelversorgung im Gesundheitswesen auf uns zukommen.

Strukturell verfolgt Ihr Vorhaben eine grundlegende Veränderung der ambulanten Versorgung. Die effizienteste, bürgernächste und niederschwelligste Form ambulanter ärztlicher Versorgung, die Einzel- und Gemeinschaftspraxis, soll durch Versorgungszentren (MVZ), Klinik-MVZ und sogar kommunale MVZ ersetzt werden. Diese Strukturen waren nicht nur in der DDR, deren Überwindung vor 25 Jahren wir in diesen Tagen feiern, Elemente der Mangelversorgung. Es hat sich in den letzten Jahren auch in der Bundesrepublik gezeigt, dass MVZ aufgrund von Overheadkosten, Reibungsverlusten und Verantwortungsdiffusion mehrheitlich nicht in der Lage sind, ärztliche Behandlung nach Qualität und Quantität annähernd so anzubieten wie selbständige, freiberufliche Arztpraxen. Zahlreiche MVZ wurden aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen, andere hängen am Tropf der Kliniken und dienen als Einweisungsportale, was die Versorgung am Ende verteuert. Und: Ihr Gesetzentwurf sieht vor, in Krankenhäusern den Facharztstandard in der ambulanten Versorgung aufzuheben – einen Standard, den Sie im Patientenrechtegesetz unlängst ausdrücklich als Anspruch des Patienten formuliert haben.

Sehr geehrte Herren Gröhe, Spahn und Lauterbach,

Wir fordern Sie auf, Ihren Gesetzentwurf ganz grundsätzlich zu revidieren! Sagen Sie der Öffentlichkeit die Wahrheit über die massive Verschlechterung der Versorgung, die Folge Ihres Gesetzentwurfs sein wird. Nehmen Sie Abstand von dirigistischer Staatsmedizin nach DDR-Muster, und ebenso von kommerzialisierter Industriemedizin, wo der Patient am Ende Renditeobjekt ist.

Setzen Sie endlich das Prinzip „ambulant vor stationär“ um. Schaffen Sie Chancengleichheit für unabhängige, freiberufliche Ärzte im Wettbewerb mit anderen Strukturen, so wie es auch der Deutsche Ärztetag gefordert hat. Geben Sie den Menschen Wahlfreiheit für eines ihrer höchsten Güter, die Gesundheit. Wahlfreiheit dadurch, dass es auch künftig ausreichend unabhängige Ärzte gibt, die im Dienste ihrer Patienten unabhängige Medizin anbieten können.

Wir als Ärzte und Verbandsvertreter werden unsere Patienten und die Bevölkerung über die Gründe und die Verantwortlichen für die Mangelversorgung intensiv aufklären, wenn dieses Gesetz so kommt.

Zugleich werden wir deutlich machen, dass wir den berechtigten Anspruch unserer Patienten auf moderne und zwendungsorientierte Behandlung erfüllen werden. Wenn dies im Rahmen der staatlichen Krankenversorgung des Sozialgesetzbuches V nicht möglich ist, werden wir gute Behandlung außerhalb dieses Rahmens anbieten und leisten.

Wir wollen unseren Patienten stets eine ordentliche Behandlung nach Facharztstandard anbieten – unabhängig von jeglicher politisch zu verantwortenden Mangelmedizin.

Mit freundlichen Grüßen

Christa Bartels  
Freie Ärzteschaft e.V., Landesverband Nordrhein, Vorsitzende

Wieland Dietrich  
Freie Ärzteschaft e.V., Bundesvorsitzender

## Freie Ärzteschaft

---

Wolfram-Arnim Candidus  
Bürger Initiative Gesundheit e.V.  
Präsident



Dr. Joachim Wichmann  
Berufsverband der HNO-Ärzte  
Landesverband Nordrhein, Vorsitzender



Deutscher Facharztverband  
Sektion Nordrhein, Vorsitzender



Dr. Thomas Kramm,  
Orthonet-NRW eG, Vorstandsmitglied



Dr. med. Michael Stephan-Odenthal  
Managementgesellschaft der nordrheinischen Urologen,

Geschäftsführer Berufspolitik



Dr. Thomas Buchmann  
Anästhesienetz NRW e.V., 1. Vorsitzender



Dr. Matthias Krick  
NRW-Facharztverband (BVNF), Vorsitzender Nordrhein-Westfalen

Dr. Wolfgang Bärtl  
Bundesverband niedergelassener Fachärzte, Vorsitzender



Dr. med. Thomas Bärtling  
Berufsverband der Frauenärzte, Landesvorsitzender Nordrhein



Dr. Uso Walter  
HNO-Net NRW, Vorstandsvorsitzender



Dr. Manfred Weisweiler  
Arbeitsgemeinschaft der niedergelassenen Chirurgen Nordrhein, ANC-NO,  
Genossenschaft der niedergelassenen Chirurgen Nordrhein GNC-NO, Vorsitzender



12. November 2014